

Blocher startet nächstes Projekt im Herbst

Der SVP-Doyen treibt die Volksinitiative zur Neutralität voran. Und bei der Zürcher Kantonalpartei moderiert er eine «Chropfleerete».

Othmar von Matt

Jetzt geht es Schlag auf Schlag mit der Volksinitiative zur Neutralität, die SVP-Doyen Christoph Blocher plant. Nächste Woche gibt es ein grosses Treffen aller Involvierten. Dabei werde entschieden, sagt Blocher, «welchen Artikel wir in der Bundesverfassung mit welcher Definition der Neutralität ergänzen wollen».

Schon Anfang Juni soll das Initiativkomitee stehen. Im Herbst beginnt dann die Unterschriftensammlung. Im Lead steht nicht die SVP, sondern Pro Souveräne Schweiz (PSS). Die Nachfolgeorganisation der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) wird im Oktober gegründet.

Die Schweiz habe im Ukraine-Krieg weltweit «sehr viel Vertrauen verloren», sagt Blocher, weil sie ihre umfassende Neutralität aufgegeben und entschieden habe, die Sanktionen gegen eine Kriegspartei mitzutragen. «US-Präsident Joe Biden gab im Parlament erfreut bekannt, die Schweiz sei nicht mehr neutral, dies kam auch auf der Titelseite der «New York Times», sagt er. «Und Russland setzte die Schweiz auf die Liste ihrer Staatsfeinde.»

Italiens Drohung an die Schweiz als Mahnmal

Die Initiative sei «sehr wichtig», auch wenn sie den Neutralitätsbruch im Ukraine-Krieg nicht mehr korrigieren könne. Blocher will den Begriff Neutralität in der Bundesverfassung erstmals konkret definieren. Er kommt dort zweimal ohne nähere Umschreibung vor. Blocher will eine integrale Neutralität, wie sie die Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg, während und nach dem Zweiten Weltkrieg praktizierte: keine Teilnahme an bewaffneten Konflikten, aber auch keine Beteiligung an Wirtschaftssanktionen gegen Kriegsparteien.



81-jährig und an mehreren politischen Fronten gleichzeitig aktiv: SVP-Doyen Christoph Blocher. Bild: Gian Ehrenzeller/Key (Klosters, 24. März 2018)

Im Ukraine-Krieg schwenkte der Bundesrat nach einigem Zögern von der integralen auf die differenzielle Neutralität um: Er schloss sich den Wirtschafts-

sanktionen gegen Russland an und positionierte sich damit politisch. Für Blocher ist das ein Fehler.

Er illustriert die Gefahren mit einem Beispiel aus den 1930er-Jahren. Auch damals schwenkte der Bundesrat zwischen integraler und differenzieller Neutralität hin und her. 1935 besetzte Italien Abessinien. Der Völkerbund beschloss wirtschaftliche Sanktionen. «Italien drohte dann der Schweiz, die Südschweiz zu besetzen und die Grenze bei den Alpen zu ziehen, falls die Schweiz die Sanktionen mittrage.» Die Schweiz versuchte sich herauszuhalten. «Kurze Zeit später fiel der Völkerbund glücklicherweise zusammen», sagt Blocher. «Und 1938 entschloss der Bundesrat, zur dauernden bewaffneten und integralen Neutralität zurückzukehren.»

Bundesrat Rudolf Minger (damals BGB, heute SVP) habe dazu gesagt: «Endlich fällt ein Albtraum von diesem Land.»

Drei Passagen in der Verfassung bieten sich an

In den Gesprächen, die Blocher führte, kristallisierten sich drei Passagen in der Bundesverfassung heraus, in der eine Definition der Neutralität Sinn macht: **Artikel 185:** Im Artikel zur äusseren und inneren Sicherheit heisst es: «Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität.» Blocher bevorzugt diese Passage, um die Neutralität zu definieren – mit folgendem Satz: «Die Schweizer Neutralität ist eine dauernde, bewaffnete und integrale Neutralität.» Integral bedeute umfassend, so Blocher. **Artikel 173:** Der Begriff Neutra-

lität taucht aber auch im Artikel zu «Weitere Aufgaben und Befugnisse» auf. Die Bundesversammlung treffe Massnahmen «zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz», heisst es da.

Artikel 2: Im Zweckartikel wird die Neutralität zwar nicht erwähnt. Es geht aber um fundamentale Werte: «Die Schweizer Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.» Es gebe Leute, die den Verfassungssatz hier aufnehmen möchten, sagt Blocher.

Wer genau dem Initiativkomitee angehören wird, will Blocher nicht verraten. «Wir bauen keine Riesenorganisation auf», betont er. «Wer sich meldet, wird eingeladen.» An Bord ist auch ein Staatsrechtler. Klar ist

aber: Mitmachen kann nur, wer die integrale Neutralität befürwortet.

Blocher tritt bei der Zürcher SVP als Moderator auf

Der 81-jährige Christoph Blocher ist nicht nur in Sachen Neutralität gefragt. Sondern auch bei der SVP des Kantons Zürich. Diese erlitt eine Schlappe bei den Gemeindewahlen vom 27. März. Am Samstag kommt es deswegen zur «Chropfleerete».

Er sei angefragt worden, ob er sich dafür als Moderator zur Verfügung stelle, sagt Blocher – und hält fest: «Ich bin dazu bereit, meine Erfahrung einzubringen.» Es sei wichtig, dass nun alle zu Wort kämen und alles auf den Tisch komme. Er hält fest, dass er als Moderator keine Antworten zur Arbeit der SVP des Kantons Zürich zu geben gedenkt. «Ich werde moderieren und nichts für die Partei entscheiden», sagt er. Zentral sei aber eine Frage: «Wo haben wir unsere Stärke? Diese müssen wir pflegen.»

Präsident Benjamin Fischer hat inzwischen seinen Rücktritt erklärt. Das sei unvermeidlich gewesen, lässt Blocher durchblicken. «Er ist noch jung, ist aus dem Kantonsrat zurückgetreten, tritt eine neue Stelle an, ist neu Nationalrat, will im Militär weitermachen und hat eine junge Familie», sagt Blocher. «Ohne Bezug zum Kanton Zürich ist es verständlich, dass er zurückgetreten ist.» Blochers Analyse der Wahlschlappe ist unmissverständlich. «Die Verantwortlichen waren sich viel zu sicher, dass sie die Gemeindewahlen gewinnen.» Der Erfolg habe die Partei gesättigt.

Keinen Handlungsbedarf sieht er hingegen bei der SVP auf Schweizer Ebene. Auch nicht bei Präsident Marco Chiesa. «Er sorgt intern dafür, dass die Partei gut aufgestellt ist», sagt Blocher. Das sei entscheidend – und nicht, wie oft er am Fernsehen zu sehen sei.

Wie die Mafia von der «Lobby des Geldes» profitiert

Eine Journalistin und ein Mafia-Jäger schildern an der Hochschule Luzern, wie das organisierte Verbrechen lasche Gesetze ausnutzt.

Henry Habegger

Madeleine Rossi trank gerade einen Espresso in der Luzerner Altstadt, als sich der Chefredaktor einer Westschweizer Publikation meldete. In der Nespresso-Fabrik in Romont FR waren 500 Kilogramm Kokain gefunden worden. Zweifellos steckte die Mafia dahinter, und ebenso klar war, dass sich Medien auf der Suche nach Erklärung und Einordnung an Mafia-Spezialistin Rossi wenden. Sie warnt unermüdlich und unerschrocken vor den Gangstern, auch in ihrem Buch «La Mafia en Suisse» (Editions Attinger).

Sinnigerweise war Rossi an diesem Donnerstag auf dem Weg zur Universität Luzern, zu einem Vortrag in der Reihe «Die

Mafia: eine Bedrohung für die Schweiz?» Sie traf dort auf einen Anti-Mafia-Kämpfer der ersten Stunde, den ehemaligen Tessiner Staatsanwalt Paolo Bernasconi (78).

Der Kokain-Fund in Romont unterstrich, wie allgegenwärtig das Problem ist. Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen harzt nach wie vor in der Schweiz, das war eine der Hauptkenntnisse des Abends. Bernasconi, der ab 1969 bis 1985 im Tessin Staatsanwalt war, hatte nicht sehr viel Gutes zu berichten. «La lobby del denaro», die «Lobby des Geldes» also, sei im Bundesparlament sehr stark, sie bremse in der Schweiz wie schon vor 50 Jahren den Kampf gegen Geldwäscherei und damit auch gegen die

Mafia. Als jüngstes Beispiel nannte er, dass das Bundesparlament letztes Jahr verschärfte Geldwäscherei-Regeln für Anwälte, Notare und andere Berater ablehnte. Damit schade sie aber auch dem Finanzplatz Schweiz und seinem Ruf.

Auch für diese Einschätzung gab es gleichentags eine Bestätigung. Die US-amerikanische «Helsinki-Kommission» warf der Schweiz vor, sie helfe russischen Oligarchen, Vermögen im Wert von gegen 200 Milliarden zu verstecken. Schweizer Politiker heulten auf ob solcher Aussagen, aber unabhängig davon stellte Bernasconi in Luzern seine Diagnose: «Die Mehrheit des Schweizer Parlaments wurde nie von sich aus aktiv, um Geldwäscherei zu bekämpfen.» Das

sei immer nur auf Druck von aussen geschehen. Schon vor 50 Jahren habe er gefordert, die «Offshore-Sitzgesellschaften» abzuschaffen. Heute seien wir keinen Schritt weiter.

In ihrer Chronik «La Mafia en Suisse» zeigt Madeleine Rossi die Umtriebe der Clans bei uns auf, nennt Akteure beim Namen. Visibilität schaffen, die Mafiosi ans Licht zerren, bei der Bevölkerung das Bewusstsein für das Problem schaffen: Das ist für sie enorm wichtig. Führende Mafiosi seien nicht zufällig in der Schweiz, sagte sie, die Anonymität, die Gesetze, die Naivität und Passivität vieler Behörden kämen ihnen entgegen. Als Anekdote verwies sie auf eine reich bebilderte «Publireportage» über ein kalabrisches Res-

taurant ausgerechnet auf einer Internet-Plattform namens polizei.news. Der Beitrag ist dem Restaurant Adesso der Familie Andali in Baden AG gewidmet, es steht dort: «Geniessen Sie Pizza, Pasta und Co. im nostalgischen Ambiente.» Was nicht dort steht: Der Patron Fortunato Anadali war Hauptfigur im Mafia-Prozess «Quatur» (Drogen, Geldwäscherei, Wucher), wurde 2016 aber wie die Mehrheit der ursprünglich 13 Beschuldigten freigesprochen und entschädigt.

Rossi wie Bernasconi hoben hervor, dass die Behörden, die Öffentlichkeit die «Kontrolle über ihr eigenes Gebiet» behalten oder zurückgewinnen müsse. Sie habe als Journalistin keine Angst, sagte Rossi auf eine Frage hin, gefährlich könne es

allenfalls in den von der Mafia selbst kontrollierten Dörfern und Regionen vor allem in Süditalien sein.

Allmählich scheint die Schweiz zu erwachen. Auch an Schulen passiert etwas: Die Universität Luzern, wo der Vortrag stattfand, widmet sich als wohl erste Hochschule intensiv dem Thema Mafia. Weitere Veranstaltungen sind geplant.

Am Tag nach ihrem Vortrag ordnete Madeleine Rossi im welschen «Blick» den Kokain-Fund bei Nestlé ein. Sie sagte: «Man spricht von 500 Kilo im Wert von 50 Millionen Franken, die die Mafiosi verloren haben. Aber diese Leute schwimmen im Geld. Fünfzig Millionen sind für die etwa wie zehn Franken für uns.»